



# POLITIK AKTUELL

Ausgabe 12/2008  
19.12.2008

Informationen aus Berlin, Dresden  
und der Region

## Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe  
Mitreiter, sehr geehrte  
Damen und Herren!

Es mangelt derzeit nicht an  
Vorstellungen, angesichts  
drohender Rezessionssze-  
narien die Konjunktur  
durch massive staatliche  
Ausgabenprogramme zu  
stimulieren. Frei nach dem  
Motto „Viel hilft viel“ und  
oft bar jedes ökonomischen  
Sachverständigen werden die  
Ausgabe von Konsumgut-  
scheinen, die Aussetzung  
bestimmter Steuern oder  
die direkte Subvention be-  
stimmter Branchen oder  
Produkte gefordert. Dabei  
finanzieren sich die öffentli-  
chen Haushalte bereits  
ohne staatliche Konjunktur-  
maßnahmen durch Neuver-  
schuldung, also auf Kosten  
nachfolgender Generatio-  
nen. Und noch immer gilt:  
Die Schulden von heute  
sind die Steuererhöhungen  
von morgen.

Deswegen wird gerade die  
Union als Garant haushalts-  
politischer Stabilität darauf  
achten, dass Steuergeld  
sehr zielgenau ausgegeben  
wird. Alles, was wir jetzt in  
dieser Krise machen, muss  
dazu führen, dass wir ge-  
stärkt aus der Krise heraus-  
gehen. Daher setzen wir  
bewusst auf Beschäftigung  
durch Wachstumsstärkung.

Der Deutsche Bundestag  
hat in dieser Woche eine  
zeitlich befristete Verbesse-  
rung der Abschreibungs-  
möglichkeiten für bewegli-  
che Wirtschaftsgüter einge-  
führt und die Sonderab-  
schreibungen für kleinere  
und mittlere Unternehmen  
erweitert. Weiter ist die  
steuerliche Anerkennung  
von Aufwendungen für  
Handwerkerleistungen in  
privaten Haushalten deut-  
lich ausgeweitet worden.

Ab 1.1.2009 können dafür  
maximal 1.200 Euro von  
der Steuerschuld abgezogen  
werden. Und wir haben  
für PKW mit Erstzulassung  
ab dem Kabinettsbeschluss  
vom 5. November 2008 bis  
zum 30. Juni 2009 eine  
b e f r i s t e t e K f z -  
Steuerbefreiung eingeführt,  
um die Kaufzurückhaltung  
bis zur Klarheit über die  
Umstellung der Kfz-Steuer  
auf CO2-Basis aufzulösen.  
Die Maßnahmen sind - im  
Sinne einer konjunkturge-  
rechten Wachstumspolitik -  
langfristig sinnvoll, kurzfris-  
tig umsetzbar und rasch  
wirksam. Sie geben kräftige  
Impulse für öffentliche und  
private Investitionen. Bür-  
ger und Unternehmen wer-

den entlastet, der Konsum  
wird belebt, und die Be-  
schäftigungserfolge werden  
gesichert.

Wir werden uns im Januar  
in der Koalition erneut tref-  
fen, um über die Frage zu  
sprechen, was in einer wei-  
teren Stufe zur Abstützung  
der Konjunktur noch getan  
werden muss. Wenn wir  
mehr investieren, dann  
dort, wo wir – auch wegen  
der Haushaltskonsolidie-  
rung der letzten Jahre –  
Nachholbedarf haben: Das  
ist in der Infrastruktur. In-  
vestitionen in Bildung, in  
Schulgebäudesanierung  
oder in Krankenhäuser  
müssen im Mittelpunkt  
weiterer Überlegungen ste-  
hen. Denn sie sind nachhal-  
tig sinnvoll, wirken schnell  
und sichern Arbeitsplätze  
vor Ort.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
Klima schützen – Wirt- schaft wettbewerbsfähig halten	2
Piraten bekämpfen – Welt- handel sichern	2
CDU Parteitag in Stuttgart	3
Jobmotor für Sachsen Evonik-Daimler- Engagement in Kamenz	5
Trotz Investitionspro- gramm Zukunftslasten begrenzen	5
Interview mit Dr. Michael Luther	6
Termine & Impressum	7

## Klima schützen – Wirtschaft wettbewerbsfähig halten

Im Mittelpunkt der Beratungen auf der letzten Tagung des Europäischen Rates unter französischer Präsidentschaft stand das Energie- und Klimapakete, das einstimmig verabschiedet wurde. Es setzt die unter deutscher Präsidentschaft vereinbarte Klimapolitik der Europäischen Union um.

Europa hält damit an seinen ambitionierten Klimazielen fest und wird seiner Vorreiterrolle gerecht. Kein anderes Land oder Region hat bislang Vergleichbares beschlossen oder in die Wege geleitet. Der Europäische Rat hat die Einhaltung seiner Klimaziele nachdrücklich bekräftigt, strebt sogar eine Reduzierung um 30 Prozent an (nach 2012), wenn auch andere Industrienationen sich anschließen. Im Hinblick auf den Emissionshandel hat der Rat beschlossen, mit der Versteigerung der Zertifikate 2013 zu beginnen. Im Bereich der Energiewirtschaft gilt grundsätzlich 100 Prozent Auktionierung der Zertifikate ab 2013. Für Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland, Zypern und Malta wurde eine „Phasing-in“-Auktionierung

(von 30 auf 100 Prozent) im Zeitraum 2013 bis 2020 vereinbart. Alle EU-Mitgliedsstaaten können einen Zuschuss bis zu 15 Prozent für Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke im Zeitraum 2013 bis 2016 geben.

Für Industriebranchen mit dem Risiko der Verlagerung der Produktion ins Ausland (Carbon Leakage) gibt es eine vollständig kostenlose Zuteilung der Zertifikate, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu gefähr-

den. Die Liste der betroffenen Branchen wird nach einer Diskussion im Europäischen Rat bis Ende 2009 festgelegt. Für die übrigen Branchen gilt ein „Phasing-in“ der Auktionierung von 30 Prozent auf 70 Prozent in 2020 mit dem Ziel einer 100-prozentigen Versteigerung im Jahr 2027. Für die Mitgliedstaaten gibt es die Möglichkeit, den durch den Emissionshandel verursachten Strompreisanstieg zu kompensieren. Ein Solidaritätsfonds speziell für die neuen Mitgliedstaaten soll ihnen den

Übergang zu einer sauberen Energieproduktion erleichtern. Hierfür werden insgesamt 12 Prozent der Zertifikate zur Verfügung gestellt. Für die Finanzierung der Projekte zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung (CCS) werden im Gegensatz zum Kommissionsvorschlag nun 300 Millionen Euro aufgewendet. Die bereits im Vorfeld des Gipfels erzielten Kompromisse zu CO<sub>2</sub>-Autos und erneuerbarer Energie wurden bestätigt. Das Geld aus der Versteigerung der Zertifikate bekommen die Mitgliedstaaten.



## Piraten bekämpfen – Welthandel sichern

In den letzten Monaten hat die Zahl der Piratenüberfälle im Golf von Aden dramatisch zugenommen. Die Sicherheit eines der wichtigsten Lebensadern des weltweiten Handels ist damit nicht mehr gewährleistet. Deutschland hat an der Sicherung dieser Handelsroute ein besonders großes Interesse: Nicht nur ein großer Teil unserer Ausfuhr nach Asien werden darüber transportiert, sondern auch wichtige Rohstoffe, die wir importieren und die auf dem Seeweg zu uns gelangen. Die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion unterstützt deswegen ausdrücklich die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA. Die Operation soll die vor der Küste Somalias agierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Damit soll zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sichergestellt werden, zum anderen soll die Operation den zivilen Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen sichern, Geiselnah-

men und Lösegelderpressungen unterbinden sowie das Völkerrecht durchsetzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte bereits in ihrer im Sommer veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Sicherheit der Seewege zu verteidigen. Auch zeigt sich einmal mehr, dass die klare Aufteilung der Aufgaben von Bundeswehr und Polizei angesichts der neuartigen Bedrohungen nicht mehr zeitgemäß ist. Zur

Abwehr von Gefahren ist die Bundeswehr nun gezwungen, Polizeiaufgaben zu übernehmen. Auch im Inland kann eine ähnliche Situation entstehen. Wir fordern die SPD deshalb auf, sich nicht länger einer klaren Regelung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern zu entziehen, sondern ihrem Kanzlerkandidaten Steinmeier zu folgen, der die Pläne von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble unterstützt hat.

Vom CDU-Bundesparteitag Anfang Dezember ist ein Signal der Stärke und Geschlossenheit ausgegangen: Der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart hat gezeigt: Die Union ist die starke Volkspartei, die Deutschland sicher durch die Krise führt. Während die SPD innerlich tief zerrissen, verunsichert und immer noch auf der Suche nach dem richtigen Kurs ist, steht die CDU geschlossen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die 94,8 Prozent Delegiertenstimmen, mit denen sie als Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bestätigt wurde, sind ein deutliches Signal. Mit scharfen Angriffen auf den Koalitionspartner SPD in der Großen Koalition machte Fraktionsvorsitzender Volker Kauder den Führungsanspruch der Union deutlich. Für das Wohl unseres Landes komme es auf CDU und CSU an. Die Union sei der stabilisierende Teil der großen Koalition, sagte Kauder unter dem Beifall der 1000 Delegierten. Er bekräftigte den Anspruch der Schwesterparteien, nach der Bundestagswahl 2009 wieder stärkste politische Kraft im Bundestag zu werden und mit einer anderen Koalition die Erfolge der Bundeskanzlerin Angela Merkel fortzusetzen. „Die Sozis sollen sich warm anziehen, wir sind gerüstet“, so der Fraktionsvorsitzende.

**Klarer Kurs der Union** In schwierigen Zeiten der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Union stets einen klaren Kurs gezeigt. Das Handeln der Bundeskanzlerin in der globalen Finanzkrise stehe in dieser Tradition. Kauder lehnte einen starken, allumfassenden Staat ab, da der Mensch nach dem christlichen Menschenbild zur Freiheit berufen sei. Er forderte die CDU auf, in der Krise nicht die

Grundsätze über Bord zu werfen. Der Staat dürfe nur dort helfen, wo es nötig sei. Der Staat sei nicht der bessere Banker oder der bessere Manager, ist der Fraktionsvorsitzende sicher. In der jetzigen Situation komme es darauf an, alles zu tun, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten: „Sozial ist was Arbeit schafft.“ Nicht Statusabsicherung, sondern Aufstiegschancen zu schaffen, sei das Markenzeichen der Union.

### Schulden von heute sind die Steuern von morgen

Auch in dieser Zeit gelte die Erkenntnis, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen seien. Die Menschen könnten sich darauf verlassen, dass ein Markenzeichen der Union weiterhin eine solide Haushaltspolitik sei. In der nächsten Legislaturperiode solle das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts verwirklicht werden, das jetzt für 2011 aufgegeben werden musste. Die schwächelnde Konjunktur mache es erforderlich, dass jetzt schneller und mehr in Infrastrukturprojekte und in Bildung investiert werden müsse. Kauder wies auf die unterschiedlichen Politikentwürfe von CDU und SPD hin, dies zeige sich beispielhaft bei der Gesundheitspolitik oder der Bildungspolitik. Ulla Schmidt wolle statt eines Wettbewerbs im Gesundheitswesen eine Einheitskasse. Die SPD die Einheitschule, die Union den Wettbewerb durch ein gegliedertes Schulsystem. Nur durch Wettbewerb entstehe Leistung.

### BKA-Gesetz: Jämmerliches Bild der SPD

Bei der inneren Sicherheit gebe die SPD ein „jämmerliches Bild“ ab. Das Nein der sächsischen SPD zur Änderung des BKA-Gesetzes sei parteipolitische Taktik. „Wir brauchen das Gesetz“, rief Kauder den 1001 Delegier-

ten zu. Nur so könne das Bundeskriminalamt seinen Aufgaben nachkommen. Die Einigung zwischen Union und SPD im Bundestag dürfe nicht durch die Sozialdemokraten im Bundesrat gefährdet werden.

### Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise

Alle provisionsgetriebenen Gehaltsstrukturen müssen überprüft werden, forderte Kauder als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise. Die bisherigen Vergütungen hätten dazu geführt, dass der persönliche Profit vor dem Erfolg des Unternehmens gegangen sei. Die vielen mittelständischen Betriebe in unserem Land seien ein Vorbild, da sie das Wohl ihres Betriebes und ihrer Mitarbeiter über die Maximierung des persönlichen Gewinns stellten.

### Beratung bei Spätabtreibungen vorschreiben

Kauder sprach sich für eine Beratungspflicht der Ärzte bei sogenannten Spätabtreibungen, also Abtreibungen nach der 20. Schwangerschaftswoche, aus. In der Koalition hat es keine Einigung auf einen gemeinsamen Antrag gegeben, daher hat Kauder zusammen mit anderen Abgeordneten der CDU/CSU einen Gruppenantrag auf den Weg gebracht.

Der Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe begrüßte insbesondere den Passus des Leitantrages „mehr Netto vom Brutto“. Es gehe um die Entlastung der Familien, um die Entlastung der unteren Einkommenschichten, um die weitgehend volle steuerliche Abziehbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge. Das Wiederherausführen der Steuerpflichtigen aus der kalten Progression sei ein Anliegen der kleinen Leute, dessen wir uns annehmen müssen. „Der Staat, die

öffentliche Hand, hat nicht das moralische Recht, von dem, was unsere Leistungsträger zusätzlich verdienen, zum Beispiel durch Lohnerhöhungen, immer mehr abzuschöpfen. Der Staat hat nicht das moralische Recht, sich in immer stärkerem Maße am Fleiß der Menschen zu bereichern. Genau das ist die kalte Progression, die wir so schnell es geht angehen müssen“, so Ramsauer. Der Vorschlag, Konsumgutscheine zu verteilen, entspreche zutiefst der gesellschaftspolitischen Philosophie der SPD. „Konsumgutscheine bedeuten: Der Staat weiß, was für die Menschen gut ist. Man gibt ihnen Gutscheine, damit sie etwas vom Staat abbekommen. Nein, meine Damen und Herren, Konsumgutscheine sind der falsche Weg; denn sie entfalten keine Kraft“, so Ramsauer. Der CSU-Landesgruppenvorsitzende machte deutlich: „Wir sprechen in dieser Zeit viel von Vertrauen. Gerade im Zusammenhang mit der Bankenkrise und der Weltwirtschaftskrise sagen wir, dass es erforderlich ist, dass wieder Vertrauen geschöpft wird. Genau dieses Vertrauen sollten wir auch den Menschen schenken. Sie wissen sehr genau, wie sie, wenn sie mehr Netto vom Brutto haben, mit ihrem Geld umgehen sollten, damit mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen und die Konjunktur- und die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig sind. Wir sollten nicht Konsumgutscheine verteilen, sondern den Menschen mehr von dem Geld, was sie mit ihrem Fleiß erarbeitet haben, netto in der Tasche lassen. CDU und CSU, unsere beiden Parteien, ziehen diesbezüglich an einem Strang. Wir müssen uns vornehmen, daraus im kommenden Jahr ganz konkrete Politik zu schmieden.“

In dieser Woche entschied der Bundestag über den **Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ATALANTA“ (EU NAVFOR)**. Wie die jüngsten Vorfälle zeigen, wird Piraterie am Horn von Afrika zunehmend zum Problem für die zivile Seefahrt in der Region. Die Operation ATALANTA soll die vor der Küste Somalias operierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Ziel ist es, zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sicher zu stellen. Zum anderen soll die Operation den zivilen Schiffsverkehr auf den dortigen Handels-

wegen sichern, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen unterbinden und das Völkerrecht durchsetzen. Vorgesehen ist eine deutsche Beteiligung bis Dezember 2009 mit einer Fregatte und einer maximalen Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten. Im Falle von piraterieverdächtigen Zwischenfällen sollen auch deutsche Kräfte aus der Operation Enduring Freedom (OEF) oder aus Vorhaben der Ständigen Einsatzverbände der NATO bei Bedarf und Verfügung im Rahmen der Obergrenze herangezogen werden können.

In 2. und 3. Lesung wurde das **Krankenhausfinanzierungsreformgesetz** verabschiedet, mit dem die wirtschaftliche Situation der

Krankenhäuser verbessert wird. Dieses erfolgt durch die Refinanzierung der tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen durch die Krankenkassen zu 50 Prozent, ein Förderprogramm zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals, die Entwicklung einer Alternative zur bisherigen Grundlohnbindung der Krankenhauspreise und eine verbesserte Finanzierung in der Psychiatrie. Zudem ist die schrittweise Angleichung des heute unterschiedlich hohen Landesbasisfallwerts in einem einheitlichen Basisfallwertkorridor im Zeitraum von 2010 bis 2014 vorgesehen.

Ebenfalls in 2. und 3. Lesung stand das **Gesetz ü-**

**ber Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis sowie zur Änderung weiterer Vorschriften** zur Entscheidung an, mit dem der elektronische, mit biometrischen Merkmalen versehene Personalausweis ab 1. November 2010 eingeführt wird. Die Aufnahme von Fingerabdrücken ist optional. Sie schützt vor Missbrauch z. B. von gestohlenen Dokumenten. Ebenfalls optional kann eine elektronische Signatur gespeichert werden, die den elektronischen Geschäftsverkehr erleichtert. Neben einem deutlichen Sicherheitsgewinn wird die Verbesserung des Internetgeschäftsverkehrs positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland haben.

## **Zahlen, Fakten, Wissenswertes**

**Deutschland wird immer älter – demographischer Wandel hat regional unterschiedliche Auswirkungen:** Die Alterung der deutschen Bevölkerung wird zu einer deutlichen Veränderung der Gesellschaft führen. Während im Jahr 2006 noch die Hälfte der Bundesbürger jünger als 42 waren, wird jeder zweite Deutsche im Jahr 2025 älter als 47 Jahre sein, in Ostdeutschland sogar älter als 53. Besonders die Gruppe der alten Menschen wird überproportional anwachsen: Bis 2025 wird die Zahl der über 80-Jährigen um 70 Prozent zunehmen. Insgesamt wird sich damit der Anteil der Hochbetagten auf über 8 Prozent verdoppeln. Auch davon werden ostdeutsche Städte besonders betroffen sein. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich der Rückgang der 16-24-Jährigen durch einen deutlichen Nachwuchsmangel bemerkbar machen, während die Zahl der Erwerbstätigen über 45 Jahren um 1,4 Millionen zunehmen wird. Im gesamten Bundesgebiet wird zudem die

Schülerzahl deutlich abnehmen. Auch der Trend zur Urbanisierung wird sich deutlich verstärken. Allerdings werden nicht alle Städte davon profitieren: Während Dresden, Potsdam, Leipzig, München, Köln und Hamburg Wachstumsstädte bleiben, wird die Bevölkerungszahl von Chemnitz, Wolfsburg, Halle, Magdeburg oder Gelsenkirchen signifikant sinken. (Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

**Deutsche Grundschulen schneiden im internationalen Vergleich gut ab:** Bei den internationalen Schulvergleichen schneiden deutsche Grundschüler gut ab. Im internationalen Leistungsvergleich im Fach Mathematik erreichen unsere Grundschüler mit 525 Punkten einen Leistungsstand, der deutlich über dem internationalen Mittelwert von 473 Punkten liegt und sowohl den Mittelwert der teilnehmenden EU- als auch der OECD-Staaten (514 bzw. 513 Punkte) übertrifft. Auch bei den Naturwissenschaften liegen

unsere Grundschüler mit 528 Punkten deutlich über dem internationalen Mittelwert (476 Punkte), leicht über dem Mittelwert der beteiligten OECD-Staaten (523 Punkte) und exakt im EU-Durchschnitt. Auch bei der Lesekompetenz schneiden die hiesigen Grundschulen sehr gut ab: 14 von 16 Ländern liegen über dem EU- und über dem OECD-Mittelwert. Thüringen gehört zur absoluten internationalen Spitzengruppe. Gleichzeitig gelingt, die Leistungsstreuung vergleichsweise gering zu halten. Die Leseleistungen aller Länder liegen auf hohem internationalem Niveau eng beieinander. Selbst die Länder mit geringerer Punktzahl liegen im EU-Durchschnitt. Zwischen Jungen und Mädchen zeigen sich in den meisten Ländern keine nennenswerten Unterschiede in den Leseleistungen. Die Leistungsdifferenz zwischen Schülerinnen und Schülern, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden, und denen, deren Eltern beide nicht in Deutsch-

land geboren wurden, sind dagegen im internationalen Vergleich in der Mehrzahl der Länder sehr groß. Der kulturelle Hintergrund des Elternhauses beeinflusst in allen Ländern die Leseleistungen der Schülerinnen und Schüler in einem hohen Maße; davon sind die Stadtstaaten in besonderer Weise betroffen. (Quelle: TIMSS und IGLU)

**Zahl der Verkehrstoten auf historischem Tiefstand:** Im laufenden Jahr ist die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr in Deutschland auf 4.600 gesunken. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang um rund 7 Prozent. Insgesamt ist dies die niedrigste Zahl seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Auch die Zahl der Verletzten ging um beinahe sechs Prozent auf 407.000 Personen zurück. Insgesamt hat die Zahl der Unfälle um zwei Prozent abgenommen. Auch die Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit oder unter Alkoholeinfluss sind rückläufig.

## **Ministerpräsident Stanislaw Tillich: "Jobmotor für Sachsen"**

### **- Evonik-Daimler-Engagement in Kamenz -**



**Stanislaw Tillich  
Ministerpräsident**

Evonik Industries und Daimler wollen gemeinsam die Entwicklung und Produktion von Lithium-Ionen-Akkus für Elektroautos voran treiben. Daimler hat sich dazu auch an der Evonik-Tochterfirma Li-Tec beteiligt, die bereits in Kamenz

Lithium-Ionen-Zellen für automobiler Anwendungen entwickelt und produziert.

Ministerpräsident und Landesvorsitzender der Sächsischen Union Stanislaw Tillich MdL sagte: „Kamenz schreibt die Geschichte der Batterietechnologie neu: Lithium-Ionen-Zellen haben das Potential, zu einer Schlüsseltechnologie bei alternativen Antrieben und damit zu einem echten Jobmotor für Sachsen zu werden. Der Freistaat profitiert einmal mehr von seiner Stärke in Forschung und Innovation. Gerade für den Automobilstandort Sachsen ist der Einstieg in klima-

neutrale Antriebssysteme von überragender strategischer Bedeutung. Das Automobil wird nur eine Zukunft haben, wenn die Antriebstechnik von Öl und Gas unabhängig wird. In der Automobilindustrie steht die zweite Revolution bevor: der Einstieg ins Elektroauto. Diese neue Technologie wird viele Arbeitsplätze gerade im Autoland Sachsen schaffen.“

Das gilt auch für den ganzen Bereich der Energie- und Umwelttechnik: Er schafft Arbeitsplätze.

Nach Auffassung der Staatsregierung habe Ka-

menz damit die besten Voraussetzungen, um einer der führenden Standorte für die Entwicklung und für die Serienfertigung von Lithium-Ionen-Zellen für Elektroautos in Europa zu werden. Besonders erfreulich sei es, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze in Kamenz mittelfristig von derzeit etwa 100 auf etwa 1000 verzehnfachen soll. Für den Technologiestandort Sachsen eröffne sich ein weiteres Wachstumsfeld in einem prosperierenden Markt, der vor dem Hintergrund der Klimaproblematik und der Verknappung fossiler Energieträger zunehmend attraktiver werde.

## **Trotz Investitionsprogramm Zukunftslasten begrenzen**

### **- Die Sächsische Union ist gegen eine Ost-West-Debatte bei dem diskutierten Investitionsprogramm -**



**Michael Kretschmer  
Generalsekretär**

Die Sächsische Union unterstützt Frau Merkel in ihren Bemühungen, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf Deutschland zu begrenzen.

Durch Ihr entschiedenes Handeln sind viele negative Auswirkungen verhindert

worden. Die beschlossenen Maßnahmen sorgen für Vertrauen und werden ihre Wirkung nicht verfehlen.

Mit großer Sorge sehen wir jedoch die vielen Vorschläge für ein Konjunkturpaket. Wir warnen eindringlich vor den negativen Folgen. Noch heute zahlen wir für die Konjunkturprogramme der 70iger Jahre. Als umstritten gilt, inwieweit der damalige Aufschwung wirklich dem Konjunkturprogramm zu verdanken war oder sich auch ohne die Steuermilliarden eingestellt hätte.

Wir sehen, wie die Verstärkung der Bauinvestitionen an die Grenze des Sinnvollen kommt, da die Kapazitäten nahezu ausgeschöpft sind und die Preise zu stei-

gen beginnen.

Die Mehrzahl der geforderten Maßnahmen ist nicht im Ansatz geeignet, den internationalen Nachfrage-rückgang im verarbeitenden Gewerbe zu beseitigen. Jedoch werden durch alle veranlassten Maßnahmen die Zukunftslasten verstärkt.

Im kommenden Jahr wird die Neuverschuldung bereits bei 30 Mrd. Euro liegen. Die Spielräume für die nächsten Jahrzehnte werden immer geringer. Zudem droht eine Lastenverschiebung von den Ländern zum Bund. Viele der geforderten Maßnahmen, wie beispielsweise Bauinvestitionen in Schulen und Hochschulen, sind ursächliche Aufgaben

der Länder. Ein Engagement des Bundes in diesem Bereich würde also Versäumnisse der Länder heilen. Aus diesem Grund müssen diese einen substanziellen Beitrag leisten, sollte sich der Bund hier finanziell betätigen.

Bei der Auswahl und dem Umfang von Maßnahmen zur Konjunkturstärkung ist mit Augenmaß und Vorsicht vorzugehen. Aus unserer Sicht sind die Gefahren für die Zukunftsfähigkeit größer als die Chancen, tatsächlich internationale Nachfrageeinbrüche kompensieren zu können.

Dr. Michael Luther



Dr. Michael Luther  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

CDU-Kreisvorsitzender

**1. Dr. Michael Luther, welche Ereignisse aus dem Jahr 2008 sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?**

Die hervorragende erste Halbsaison des FSV-Zwickau. Nach einem eher durchwachsenen Saisonstart geht der FSV-Zwickau in der Fußball Oberliga nun als Herbstmeister in die Winterpause. Wer hätte das vor einem halben Jahr gedacht? Als Mitglied im Präsidium freue ich mich ganz besonders über diese positive Entwicklung. Auch der neue Landkreis Zwickau profitiert von den Erfolgen des FSV-Zwickau, denn Fußball ist ein starker Werbeträger und ein wichtiger Identifikationsfaktor für die Region.

Weiterhin ist mir die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung in der Region, verbunden mit einer stark gesunkene Arbeitslosenzahl, in Erinnerung geblieben. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass die vom Deutschen Bundestag beschlossenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hier vor Ort ihre Wirkung entfaltet haben und damit vielen Menschen wieder eine Perspektive eröffneten.

Leider ist mir die in der zweiten Jahreshälfte beginnende Finanzkrise ebenso in Erinnerung geblieben. Wir haben in den letzten Jahren unter Angela Merkel viel erreicht und auch in unserer Region sichtbare Erfolge vorzuweisen. Das klare Handeln von Frau Merkel und der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ist genau das, was in der Krise nötig ist. Das ist auch der Grund, warum ich – als Mitglied im Haushaltsausschuss - in den vergangenen Monaten deutlich häufiger in Berlin war als üblich.

Schließlich möchte ich noch die Aktivitäten des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ im Landkreis Zwickau erwähnen. Dieses Bündnis – in dem Vertreter der verschiedensten sozialen, kulturellen und politischen Akteure zusammenarbeiten - erfüllt aus meiner Sicht eine, in der Demokratie unverzichtbare Aufgabe. Das Bündnis macht immer wieder auf das hohe Gut der Demokratie aufmerksam und vermittelt vor allem jungen Leuten, dass Demokratie vom Mitmachen lebt. Deshalb engagiert sich die CDU-Zwickau seit Jahren in diesem Bündnis.

**2. Was wurde auf kommunaler und bundesdeutscher Ebene erreicht?**

Auf kommunaler Ebene möchte ich hier besonders die Kreisreform als Erfolg werten. Zum 1. August 2008 wurden die kreisfreie Stadt Zwickau, der Landkreis Zwickauer Land und der Landkreis Chemnitzer Land zum neuen Landkreis Zwickau vereint. Ein solcher Prozess, bei dem gewohnte Strukturen verändert werden, ist immer mit Problemen und Widerständen verbunden. Doch habe ich mich hier besonders engagiert, weil ich möchte, dass das Zusammenwachsen im neuen Landkreis gelingt. Auch die CDU hat sich den neuen Strukturen angepasst, so dass das Gebiet der CDU-Zwickau jetzt mit dem Gebiet des neuen Landkreises Zwickau identisch ist.

Wir stellen als CDU den Landrat und die größte Fraktion im Kreistag. Diese Konstellation ist eine gute Basis für eine erfolgreiche Politik zum Wohle der Bürger. Ich freue mich auch, heute sagen zu können, dass das Zusammenwachsen im neuen Landkreis

bereits viel weiter fortgeschritten ist, als das viele noch vor wenigen Monaten für möglich gehalten hätten.

Auf bundespolitischer Ebene freue ich mich besonders über das erst kürzlich beschlossene Innovations- und Investitionsprogramm, mit dem in den Jahren 2009/10 zusätzlich 2 Milliarden Euro für dringliche Verkehrsprojekte vom Bund bereitgestellt werden. Diese Gelder kommen auch unserer Region in Form von zwei Maßnahmen direkt zu Gute:

1. Die Sachsen-Franken-Magistrale wird auf sächsischem Gebiet vollständig elektrifiziert. Dazu wird nach zähem Ringen nun endlich die letzte verbliebene Lücke auf der Strecke Reichenbach – Hof geschlossen. Ich freue mich, dass mein langer Dialog mit dem Bundesverkehrsminister endlich zu einem Erfolg geführt hat.

Der erste Bauabschnitt der Ortsumgehung Waldenburg kommt. Er soll in Zukunft die Bundesstraßen 175 und 180 verbinden. Mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung sind endlich die nötigen Gelder für den Bau vorhanden.

**3. Mit welchen Erwartungen gehen Sie ins Jahr 2009 und was hält es für Sie persönlich bereit?**

Ich glaube, dass es im kommenden Jahr eine unserer Hauptaufgaben sein wird, die drohende Rezession erträglich zu gestalten. Dazu werde ich in meinem Wahlkreis weiterhin den intensiven Kontakt zur Wirtschaft suchen, um mich ständig über die Lage in den Unternehmen zu informieren.

Weiterhin sehe ich eine große Herausforderung darin, dass wir uns die Erfolge, die wir in den letzten Jahren unbestreitbar erzielt haben, durch die Krise nicht kaputt machen lassen dürfen. Dazu zählt für mich, dass wir in der Krise auch die Chancen nutzen und gezielt in neue, innovative Technologien investieren.

2009 erwartet uns ein „Superwahljahr“. Bei uns in Sachsen finden am 7. Juni die Kommunal- und Europawahlen statt. Am 30. August sind die Bürger aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen, und am 27. September finden die Bundestagswahlen statt. Diese Häufung der Wahltermine stellt eine besondere Herausforderung für die Parteien dar. Dabei möchte ich ein besonderes Augenmerk auf die Kommunalwahlen legen. Ich werde mich besonders dafür einsetzen, dass in die neuen Stadt- und Gemeinderäte mehr junge Leute einziehen. Dass mir dieses Anliegen wichtig ist, unterstreicht die Tatsache, dass in zwei von fünf Landtagswahlkreisen im Gebiet des CDU-Kreisverbandes, junge Kandidaten unter 35 Jahren nominiert sind.

**CDU KV Zwickau-Werdau**

Kreisgeschäftsstelle  
Hauptstraße 28/30  
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710  
Fax: 0375-294567  
E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de

Schon wieder geht ein Jahr zu Ende. Es war spannend. Es war voller Hoffnung. Plötzlich Krisen überall in der Welt. Endet das Jahr voller Sorgen? In Matthäus 6,34 können wir lesen: „Darum sorgt nicht für morgen, denn der morgige Tag wird für das Seine sorgen.“

Es ist sicher richtig, dass wir nicht alles auf die leichte Schulter nehmen sollen. Aber die Sorgen sollten uns nicht auffressen, wir können auch Vertrauen haben. Wir können nämlich Weihnachten feiern. Jesus kam als kleines Kind in unsere Welt und kommt uns ganz nahe. Papst Benedikt XVI. sagt, wir können ihm vertrauen.

In diesem Sinne wünschen Ihnen Michael Luther und das Redaktionsteam der POLITIK AKTUELL ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch!

**Jesus ist uns als Kind so nahe geworden, dass wir ungescheut Du zu ihm sagen können.**

**Papst Benedikt XVI.**



**Termine Dezember 2008—Januar 2009**

<b>06.01.09</b>	nächste Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro, Hauptstr. 28 in Zwickau; Zeit: 15.00 bis 17.00 Uhr	<b>17.01.09</b>	Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landeslisten für Europa-, Landtags- und Bundestagswahl; Beginn 9.00 Uhr Ort: Dresden
<b>12.01.09</b>	Kreisvorstandssitzung im Hotel Atrium, Bahnhofstr. 8 in Crimmitschau; Beginn: 19.00 Uhr	<b>02.02.09</b>	Denkfabrik Sachsen - Offenes Forum für Zukunftsfragen; Beginn: 17.30 Uhr; Ort: Dresden

**Impressum**

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.). Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau. Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28  
08056 Zwickau  
Tel.: (0375) 29 17 79  
Fax: (0375) 29 45 67  
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 – 7 70 92  
Fax: (030) 227 – 7 61 16  
E-Mail: michael.luther@bundestag.de



**CDU im Netz**

[www.michael-luther.de](http://www.michael-luther.de)  
[www.cdu-zwickau-werdau.de](http://www.cdu-zwickau-werdau.de)